

DIE WÜRDE DES MENSCHEN STEHT IM MITTELPUNKT

Probleme in der Pflege müssen dringend angepackt werden

Viele hat die Nachricht vom Tod der ehemaligen Vorsitzenden der LSV NRW bereits erreicht. Wir haben unseren Mitgliedern in einem Rundschreiben die traurige Nachricht mitgeteilt. Am 12. Februar ist Hiltrud Wessling im Alter von 76 Jahren gestorben. Viele wird die Nachricht bestürzen. Ein Nachruf, der das vielfältige Engagement dieser Frau und etwas von ihrer Persönlichkeit skizziert, ist ihr auf der Seite 3 gewidmet. Unser Schwerpunktthema »Pflege« hat auch Hiltrud Wessling am Herzen gelegen. Die Probleme im Pflegebereich sind immens. Pflegekräfte sind traurig und unzufrieden: Gerne würden sie – ebenso wie die Altenpflegerinnen und Altenpfleger in den Heimen – älteren Menschen mehr Zeit widmen, Zuwendung in Form von Gesprächen oder einfachem Zuhören zeigen. Aber die Zeit reicht nicht aus, der Druck im ambulanten und stationären Bereich ist enorm. Mangelnde Flexibilität bei den Richtlinien, unkoordinierte Prüfungen, knappe Ressourcen fürs Personal etc. – all dies ist seit Jahren bekannt. Seit ebenso vielen Jahren weist die LSV NRW auf diese Probleme hin. Durch

kompetentes Engagement und mit konkreten Vorschlägen äußert sich die LSV NRW in Stellungnahmen für die Landesregierung NRW und arbeitet aktiv im Landespflegeausschuss mit. Dabei arbeitet die LSV NRW mit vielen Institutionen zusammen, um immer wieder auf die Problematik aufmerksam zu machen. Im Blick hat sie auch die Pflegebedürftigkeit von älteren Menschen mit Migrationshintergrund, vor deren besonderen Herausforderungen die Gesellschaft nicht die Augen verschließen darf. Umso mehr freut es uns, dass der Seniorenbeirat Willich in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule zu diesem Thema ein Projekt gestartet hat, das zur Nachahmung empfohlen auf Seite 11 beschrieben wird.

Als ebenso nachahmenswert empfehlen wir die Telefonaktion zum Thema »Altersdiskriminierung« auf Seite 12.

Daniel Kreutz, Mitglied des Landespflegeausschusses, vermittelt auf Seite 2 Hintergrundwissen zu den Problemen, die im Bereich der Pflege aktuell dringend gelöst werden müssen. Das Land NRW hat Eckpunkte für ein neues Landesheimgesetz erarbeitet. Im Gespräch mit Peter Pitzer, zuständiger Referatsleiter für Heimrecht beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), haben wir diese Eckpunkte hinterfragt. Die Antworten finden Sie auf den Seiten 5 und 6.

Seit 1. Januar 2008 hat die Landesstelle Pflegenden Angehörige eine neue Leiterin: Silke Niewohner stellt sich auf Seite 7 vor.

Auf Seite 8 wird in der Rubrik »Kultur und Alter« ein Thema beschrieben, das uns alle betroffen macht: Demenzkranke ältere Menschen, die akut im Krankenhaus behandelt werden müssen, haben es besonders schwer, sich



Der Vorstand der Landesseniorenvertretung

einem neuen Umfeld anzupassen. Durch gemeinsames Essen, Singen, Malen, Erzählen und Bewegen wird ihnen das Eingewöhnen im Krankenhaus erleichtert. Auch das ist ein Weg, demenzkranke ältere Menschen in ihrer Würde zu akzeptieren.

Unter der Rubrik »Kommunale Seniorenvertretungen« finden Sie vielfältige Aktivitäten der Seniorenvertretungen aus Nordrhein-Westfalen. Sie alle zeigen, wie selbstbewusst, engagiert und kompetent sie die Belange der älteren Menschen umsetzen.

Wir wünschen Ihnen ein fröhliches, gesundes und vor allem sonniges Osterfest. Sonne ist nicht nur gut für den Körper, sondern stärkt auch Herz und Seele.

*Der Vorstand der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen
Dr. Uta Renn, Erste Vorsitzende*

Aus dem Inhalt

Hintergrund-Wissen:	2
LSV aktiv	3 – 4
Interview	5 – 6
Kultur und Alter	8
Kommunale Seniorenvertretungen	9 – 11
Die positive Stimme	12
Impressum	12

HINTERGRUND-WISSEN:

Probleme in der Pflege: Anpacken statt vertagen

Wesentliche Probleme, die Pflegebedürftige und ihre Angehörigen heute belasten, sind bereits bei Einführung der Pflegeversicherung (PfV) Mitte der 1990er Jahre kritisch diskutiert worden. So etwa der stark verengte Begriff von Pflegebedürftigkeit in der PfV, dem ein verengtes Leistungsrecht folgt. Schon damals wurde auf den Leistungsausschluss demenzkranker Menschen und derer, die weniger als 90 Minuten Pflegebedarf (davon 45 Minuten Grundpflege) pro Tag nachweisen können, hingewiesen. 2005 erhob die Pflege-Enquetekommission des Landtags NRW die Anpassung des Pflegebegriffs an ein ganzheitliches, fachliches Pflegeverständnis zur dringenden Forderung. Dabei geht es nicht zuletzt um die Anerkennung der rehabilitativen (statt bloß »versorgenden«) Ausrichtung von Pflege. Doch 2007 entschied die Bundesregierung, dieses Thema ein weiteres Mal über die aktuelle Pflegereform hinauszuschieben.

Genauso lange werden bereits die unzureichenden Zuschüsse für professionelle Pflege kritisiert. Nach Feststellung der Pflege-Enquete reichen sie in keiner Pflegestufe, um annähernd die pflegerischen Zeiten abzudecken, die mindestens für die Zuerkennung dieser Pflegestufe notwendig sind. Auch die bescheidenen Leistungsanhebungen, die in der Pflegereform jetzt vorgesehen sind, werden dieses Problem nicht beheben. So wird auch die Einlösung des Versprechens, mit der PfV die pflegebedingte Armut zu überwinden, weiter verschoben.

Dies gilt auch für den anerkannten Grundsatz **ambulant vor stationär**. Fast alle Menschen wollen auch bei Pflegebedürftigkeit ein selbstbestimmtes Leben im vertrauten Wohn- und Lebensumfeld führen können. Nach der amtlichen Pflege-

statistik hat aber der Anteil der zu Hause Gepflegten gegenüber dem der vollstationär Versorgten stetig abgenommen. Lebte Mitte der 90er Jahre jeder vierte pflegebedürftige Mensch im Heim, ist es heute jeder dritte. Besonders alleinstehende pflegebedürftige Menschen ohne unentgeltliche »Hauptpflegeperson«, deren Zahl wächst, können sich Pflege zu Hause nur selten leisten. Die Gründe für den Trend ins Heim sind vielfältig.



Daniel Kreutz

Sie reichen vom Rückgang des familiären Pflegepotenzials über die unzureichende Absicherung der ambulanten und teilstationären Pflege und den Rückgang der früher aus Landesmitteln geförderten »komplementären« (pflegeergänzenden) ambulanten Dienste bis zu den Mechanismen eines Pflege-Marktes, auf dem Heiminvestoren verdienen wollen. So begrüßenswert die jetzt vorgesehenen Erleichterungen zur Inanspruchnahme von Tagespflege, die höheren Zuschüsse für Demenzkranke und die auf Druck des SoVD aufgenommene »Pflegezeit« für abhängig beschäftigte pflegende Angehörige an sich auch sind: Zur Verwirklichung von *ambulant vor stationär* reichen sie nicht hin.

Auch die Pflege-Enquete des Landtags sah **im Heim** eine Pflege und Betreuung, die der Würde des Menschen entspricht, nicht sichergestellt. Für eine hochwertige Pflege, die ständige Zeitnot nicht verträgt, ist in der Regel nicht genügend Personal vorhanden. Derweil wachsen die Anforderungen: Immer häufiger kommen Menschen mit hohem Krankenpflegebedarf aus dem Krankenhaus ins Pflegeheim. Auch der Personalmangel hat mit der Kommerzialisierung von Pflege zu tun. Während die Sozialhilfeträger unter Druck stehen, möglichst niedrige Preise auszuhandeln, stehen die Heime unter Druck, nicht nur ihre Kosten zu decken, sondern auch Gewinne abzuwerfen. Da andere Rationalisierungsmöglichkeiten in der Pflege kaum bestehen, richtet sich der Druck auf Zahl und Qualität des Personals. Deshalb können Heime oft den vertraglich zugesicherten Leistungsumfang nicht erbringen. Solange eine bedarfsgerechte Personalausstattung nicht gesichert ist, werden gut gemeinte Aktivitäten der »Qualitätssicherung« ihr Ziel kaum erreichen. Keinesfalls darf mit dem künftigen Landesheimrecht auch noch die Fachkräftequote aufgeweicht werden!

Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen. Damit er dort ankommen kann, sind aber auch zusätzliche Finanzmittel erforderlich. Das sah auch die Pflege-Enquete so. Mit Pflegebedarf in Würde leben und sterben zu können, darf kein Privileg für Vermögende bleiben. Eine bedarfsgerechte PfV-Reform muss die erforderlichen Mittel nach den Grundsätzen der Belastungsgerechtigkeit und der paritätischen Finanzierung mobilisieren.

Daniel Kreutz

Mitglied im Landespflegeausschuss

Hiltrud Wessling – eine Frau mit vielfältigem Engagement

»Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat – egal wie es ausgeht!«

Nachruf

An einem Nachmittag sitze ich mit Hiltrud Wessling zusammen und wir besprechen, wie die erste Großveranstaltung der LSV NRW im Detail ablaufen soll. Während unseres Gesprächs klingelt das Telefon. Hiltrud Wessling ruft: »Ich komme«, eine Einladung ins Ministerium erfolgt, der Termin wird per Zuruf mit mir abgestimmt. Ich werde gebeten, entsprechende Vorbereitungen für das Gespräch zu treffen, die Geschäftsstelle zu informieren, ach ja – und den Ablauf der Veranstaltung, über die wir gerade sprachen, kurz für alle Beteiligten festzuhalten. Dann steht der Pflegedienst für Hiltrud Wesslings Mann in der Tür und sie sagt mir im Vorbeigehen: »Nehmen Sie sich noch einen Kaffee, und haben Sie schon die neuen Fotos von meinen Enkelkindern gesehen?«

Das war 1999 und es war eine der typischen Situationen, die ich im Laufe der gemeinsamen Arbeit mit Hiltrud Wessling noch oft erlebte. In der Tat, so konnte man sie erleben, die ehemalige Vorsitzende der LSV NRW, eine Frau voller Energie stets mehrere Dinge gleichzeitig erledigend, delegierend, mit sicherem Instinkt für Prioritäten und dabei (fast) immer »Herr« der Lage. Leicht war es nicht, mit ihrem Tempo Schritt zu halten ...

Am Dienstag, den 12. Februar ist Hiltrud Wessling im Alter von 76 Jahren im Kreis ihrer Familie gestorben. Mit Anerkennung und Dankbarkeit denken viele an sie.

Hiltrud Wessling wuchs in Neuwied am Rhein auf. Von dort zog sie 1961 mit ihrem Mann und ihren Kindern nach Münster. Hier begann sie bereits 1967 ihre ehrenamtliche Arbeit, für die ihr im Laufe der Jahre hohe Auszeichnungen zuteil wurden. So erhielt sie 1980 für ihre Tätigkeit als Grün-

derin und Vorsitzende des Landeselternrates der Gesamtschulen in NRW und für Aktivitäten auf Bundesebene vom damaligen nordrhein-westfälischen Kultusminister das Bundesverdienstkreuz. Auf kommunaler Ebene organisierte sie Anfang der 1980er Jahre ein »Frühstück für Alt und Jung«. Insbesondere dafür zeichnete der damalige Bundeskanzler Hiltrud Wessling mit der Medaille »Reden ist Silber, Helfen ist Gold« aus.

In die achtziger Jahre fielen auch die von ihr initiierten Gründungen des ersten Gesprächskreises für pflegende Angehörige und der Gruppe »ALTE für ALTE«. 1996 wurde sie für ihr Engagement mit der sogenannten »Münsternadel« ausgezeichnet.

Ebenfalls in dieser Zeit gehörte sie der damaligen Seniorenvertretung in Münster an und war Mitglied in der LSV NRW.

Seit Hiltrud Wesslings Mann 1997 pflegebedürftig wurde, konzentrierte sie ihre Arbeit vor allem auf die LSV NRW. Von der Bundesebene, wo sie Mitbegründerin der früheren Bundesarbeitsgemeinschaft der LSV, der BSV, war, nahm sie Abschied.

Im Vorstand der LSV NRW war sie seit 1992 als stellvertretende Vorsitzende tätig, und deren Vorsitz hatte sie von 1998 bis 2004 inne. In diesen Jahren konnte die LSV NRW ihr Format als etablierte Interessenvertretung entwickeln. Hiltrud Wessling war dabei gemeinsam mit anderen stark. Viele Errungenschaften für die LSV NRW zeichnen ihre Zeit als Vorsitzende aus. Dazu gehören die 1999 eingerichtete wissenschaftliche Beratung, die 2001 erfolgte Gründung der LAGSO NRW, 2003 ein Platz in der Landesmedienkommission und ein Benennungsrecht für einen Platz im WDR-Rundfunkrat, ab 2004 Projektträger: »Altengerechte Stadt« und »Landesstelle Pflegende Ange-



Hiltrud Wessling †

hörige«. Bei der Durchsetzung der Anliegen der LSV NRW war Hiltrud Wessling mutig und verbindlich. Wenn sie sich einsetzte, nahm sie es auch in Kauf, sich zuweilen unbeliebt zu machen.

2004 schied Hiltrud Wessling aus dem Vorstand aus. Es fiel ihr nicht leicht, von dieser Arbeit Abschied zu nehmen, aber sie tat es. Die LSV NRW, deren Ehrenmitglied sie seit 2004 war, blieb ihr gleichwohl immer eine Herzensangelegenheit.

Als sie 2005 von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers für ihre vielfältigen Verdienste mit dem Landesorden Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet wurde, hatte sie sich bereits in die Arbeit im WDR-Rundfunkrat vertieft, forderte dort manches Ungewohnte und hatte in Münster einen Verein für Generationengerechtigkeit mitgegründet. An Stillstand war also auch jenseits der LSV NRW keinesfalls zu denken ...

Wieder ein Nachmittag an einem Samstag im Februar 2008, heute haben Hiltrud Wessling und ich keine neuen Ideen und Arbeitspläne. Es ist unser letztes Treffen und es ist still.

Barbara Eifert

Erfahrungsaustausch mit Hauptamtlichen

Zum jährlichen Erfahrungsaustausch haben sich hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Kommunen des Landes in Münster getroffen. Die Landesseniorenvertretung (LSV) lädt dazu seit nunmehr vier Jahren ein. Die Vorsitzende Dr. Uta Renn freute sich über die rege Beteiligung und betonte die unterstützende Absicht dieses Angebotes für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit den Seniorenvertretungen vor Ort zusammenarbeiten.

Dr. Dietmar Köster (FoGera) stellte Qualitätsziele in der Altenarbeit vor. In der Diskussion wurde deutlich, dass Qualitätsziele zur Reflexion vorhandener Angebote sinnvoll sein können und zudem Unterstützung bei der Entwicklung neuer Angebote bieten. Beim Erfahrungsaustausch ging es um Inhalte der Arbeit mit Seniorenvertretungen. Deutlich wurde, dass die Altenarbeit im Zuge der Diskussionen um den demografischen Wandel mehrheitlich eine höhere Aufmerksamkeit und zum Teil auch Aufwertungen in den Kommunen erfährt. Die Veranstaltung wird auch im nächsten Jahr gewünscht. *Barbara Eifert*

Arbeit der BAG LSV hat sich erweitert

Die Arbeit von Vorstandsmitglied und stellvertretendem Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen (BAG LSV), Rolf Kauls, hat sich auf Bundesebene erweitert. Außer an dem Projekt »Auswahl von passenden Wohn- und Betreuungsformen im Alter – Erstellung eines Leitfadens« arbeitet Rolf Kauls an der Entwicklung von Informationsmaterialien der BAG LSV. Erstellt werden soll eine Broschüre, die über die BAG LSV, die 16 Landesseniorenvertretungen (LSV) und über die kommunalen Seniorenvertretungen informiert. 2008 sollen Broschüre und Flyer herausgegeben werden und eine Internetseite zur Verfügung stehen. *Barbara Eifert*

Info-Mappe für den Notfall alles im Blick – Meine Gesundheit

Ein medizinischer Notfall – wertvolle Zeit vergeht, wenn Angehörige oft nicht wissen, wo wichtige Unterlagen sind, welche Medikamente der Patient einnimmt und welche Blutgruppe er zum Beispiel hat.

Die LSV NRW hat in der Fachkommission »Gesundheit und Pflege« bei der BAGSO diese Gesundheitsmappe mit entwickelt und empfiehlt, dass aktuelle Daten vom Besitzer sorgfältig ausgefüllt und möglichst immer auf den neuesten Stand gehalten werden. So kann der Notarzt im Notfall schnell die benötigten Informationen bekommen. Diese Mappe kann gegen eine Schutzgebühr von acht Euro plus Versandkosten bei der BAGSO Service GmbH, Wahlfelder Mühle 2, in 53639 Königswinter bezogen werden. Tel. 02244-87814813 (Fax: 02244-87814840)

Infos: Stefanie Chowaniec (E-Mail: chowaniec@bagso-service.de)

Eleonore Köth-Feige

Multiplikatoren-schulung: Rechte als Verbraucher

Welch weitreichendes Thema Verbraucherschutz im Alter ist, hat Dr. Dietmar Köster vom Forschungsinstitut Geragogik (FoGera, Witten) 35 Teilnehmern aus Seniorenvertretungen mit konkreten Beispielen und Übungen auf zwei Tagungen vermittelt. FoGera führte die Schulung im Auftrag der LSV NRW durch. Diese hatte dafür Mittel vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Land-

wirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) bekommen. Mit im Boot war auch die Verbraucherzentrale NRW.

In der Schulung entstand ein Flyer, wurde die Erstellung von Pressemitteilungen geübt oder ein Beratungsgespräch trainiert. Beim Abschluss der Schulung sagte Dr. Uta Renn: »Jetzt wird es darum gehen, dass die Seniorenvertretungen das Thema des Verbraucherschutzes im Alter vor Ort aufgreifen. Hier wünschen wir uns, dass das MUNLV diesen Prozess weiter unterstützt.« (Weiterer Bericht folgt in der Ausgabe 64.)

Leben, Wohnen und Pflege zu Hause

»Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte« lautete das Thema der ersten gemeinsamen Fachtagung von Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA) und LSV NRW in Köln. Gefördert wurde die Tagung vom MGFFI. Die Schwerpunkte lagen in den Bereichen Leben, Wohnen und Pflege zu Hause. Angesichts der demografischen Entwicklung müssen künftig mehr Wünsche, Bedürfnisse und Anforderungen der Menschen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen berücksichtigt werden. Fragen der kulturellen und religiösen Hintergründe beim Wohnen im Alter und in der Pflege waren nur einige Themen der Tagung. Fazit des Auftaktes: Die Kontakte, die entstanden sind, seien eine Basis für die wichtige Kooperation in der Zukunft, die auf der kommunalen Ebene weitergehen müsse. LGA und LSV arbeiten an einem Konzept.



Auf dem Podium von links: Taifun Keltek, Landesarbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte (LAGA), Dr. Hildegard Kaluza, Landesregierung NRW, Marlies Bredhorst, Dr. Uta Renn, LSV NRW. Foto: Heberlein

Vorschriften dürfen die individuelle Privatsphäre älterer Pflegebedürftiger nicht beeinträchtigen

Gespräch mit Peter Pitzer

Die Ministerien der Bundesländer müssen nicht nur angesichts steigender Zahlen von älteren Pflegebedürftigen mit Weitblick und Gespür an dieses Thema herangehen. Nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik ist im Jahr 2020 mit über 650.000 Pflegebedürftigen zu rechnen, knapp 200.000 mehr als im Jahr 2003.

In den vergangenen Jahren gelangen zunehmend Klagen über unzureichende Pflege in die Öffentlichkeit. Klagen von älteren Pflegebedürftigen, Klagen über zunehmende Bürokratie und Personalabbau in den Heimen.

Das führt dazu, dass das Pflegepersonal den Anforderungen oftmals nicht mehr gewachsen ist.

In Nordrhein-Westfalen hat die Landeseniorenvertretung (LSV NRW) sehr oft auf diese Probleme aufmerksam gemacht. Sie hat engagiert und kompetent in der Enquetekommission »Situation und Pflege in NRW« mitgearbeitet und Weichen gestellt.

? Eine häufig vorgetragene Kritik: Zu viel Bürokratie nehme dem Pflegepersonal die Zeit, sich menschlich mehr um pflegebedürftige Ältere zu kümmern. Warum muss Bürokratie sein?

Peter Pitzer: Wir bauen Bürokratie ab, wo wir können. Dabei ist uns aber bewusst, dass es Grenzen gibt, zum Schutz der Menschen, aber auch der Betreiber, über die wir nicht hinweggehen können. Eine Kernaussage der Ihnen vorliegenden »Eckpunkte für ein nordrhein-westfälisches Heim-

recht« lautet daher, mit den Mitteln des Heimrechts, also des Ordnungsrechts, einen Beitrag zum Bürokratieabbau in den Einrichtungen der stationären Altenpflege und der Behindertenhilfe zu leisten, die künft-



Peter Pitzer

tig nicht mehr Heime, sondern Betreuungseinrichtungen heißen werden. Dabei haben wir sehr genau darauf zu achten, dass ein Abbau heimrechtlicher Vorschriften dort seine Grenzen findet, wo Schutzbelange der Bewohnerinnen und Bewohner in Betreuungseinrichtungen tangiert sind.

? Der Schutz der Menschenwürde ist im Grundgesetz verankert. Und was kann das Landesheimgesetz dazu beitragen?

Peter Pitzer: Die »Philosophie« der Eckpunkte spricht eine deutliche Sprache: Ein künftiges nordrhein-westfälisches Heimrecht soll mit seinen ordnungsrechtlichen Mitteln und Möglichkeiten den Menschen in den Mittelpunkt seines gesetzlichen Auftrags stellen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass der künftige Gesetzestext deutlich machen wird, dass das Selbstbestimmungsrecht von älteren, behinderten und pflegebedürftigen Menschen in Betreuungseinrichtungen gestärkt wird.

? Gleichzeitig sollen die vorhandenen personellen und sachlichen Ressourcen wirtschaftlich eingesetzt werden. Fast alle Pflegeheime klagen über zu wenig Personal. Wie will das Land NRW die wachsenden Anforderungen in Zukunft bewältigen?

Peter Pitzer: Schon das geltende Bundesheimrecht setzt als Ordnungsrecht nur allgemeine fachliche Mindeststandards, die als Anforderungen für den Betrieb eines »Heims« zu beachten sind. Diesen Grundsatz hat auch ein künftiges Heimrecht für NRW zu beachten. Darüber, welche Leistungen in den Einrichtungen der stationären Altenpflege und der Behindertenhilfe erbracht werden können, entscheidet das Leistungsrecht. In den Verhandlungen zwischen Pflegekassen, Sozialhilfeträgern und den Einrichtungen wird das für jede einzelne Einrichtung festgelegt. Ich kann Ihre Frage aber gut nachvollziehen. Was das Land zur Förderung der Ausbildung tun kann, wird getan, unter anderem mit dem »1000-Plätze-Programm«. Bei »Wünschen« an ein zukünftiges nordrhein-westfälisches Heimrecht ist sauber zu trennen, was das Land mit seiner neuen Kompetenz gestalten kann und was der Bund mit seinen Vorschriften zum Vertragsrecht ermöglichen muss.

»Ein künftiges nordrhein-westfälisches Heimrecht soll mit seinen ordnungsrechtlichen Mitteln und Möglichkeiten den Menschen in den Mittelpunkt seines gesetzlichen Auftrags stellen.«

DAS INTERVIEW ZUM SCHWERPUNKTTHEMA

? *In NRW führen die unterschiedlichen Auslegungen des Heimgesetzes zu Rechtsunsicherheiten. Wie werden diese Rechtsunsicherheiten, die zu Lasten der Pflegebedürftigen gehen, künftig einheitlich geregelt?*

Peter Pitzer: Mit dem Beschluss über die »Eckpunkte für ein Landesheimgesetz NRW« hat das Kabinett auch über die zukünftige Aufgabenwahrnehmung der Heimaufsicht entschieden: Sie bleibt zwar kommunale Aufgabe, wird aber mit Verabschiedung eines »Landesheimgesetzes« als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung ausgeführt werden. Wir haben dann die Möglichkeit, die vorher nicht bestand, in Verbindung mit dem neuen Landesrecht für eine gleichmäßigere und einheitlichere Rechtsanwendung im Land zu sorgen.

? *Immer mehr neue und vor allem bessere Wohnformen könnten entwickelt werden und würden auch von Älteren angenommen. Die zurzeit geltenden Gesetze bauen Barrieren auf. Was wird sich in Zukunft ändern?*

Peter Pitzer: Das Leben in stationären Einrichtungen der Altenpflege und der Behindertenhilfe ist bunter und lebendiger geworden. Auch der Grundsatz »ambulant vor stationär« wird inzwischen in vielfältiger Form gelebt. Ziel eines neuen Landesheimrechts wird auch sein, die Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen in Heimen zu stärken, und zwar durch ein einheitliches Schutzgesetz für behinderte und alte Menschen. Für die Abgrenzung zu ambulanten Wohnformen bedeutet das: Ein Heimrecht muss klarer sagen, wann eine Einrichtung ein Heim ist und wann nicht.

? *Die zurzeit geltende Heimpersonalverordnung steht zur Disposition. Was wird die Landesregierung in diesem Punkt im Interesse der Pflegebedürftigen verbessern?*

Peter Pitzer: Schon die Heimpersonalverordnung des Bundes gilt nicht nur für Einrichtungen mit Pflegebedürftigen – sondern auch in Einrichtungen der Behindertenhilfe. Die Heimpersonalverordnung steht auch nicht zur Disposition. Sie muss die Frage beantworten, ob sie der Lebenswirklichkeit in Betreuungseinrichtungen mit zwei unterschiedlichen Zielgruppen gerecht wird, denn das Leben in einer Betreuungseinrichtung besteht neben »zwei Stunden Grundpflege aus weiteren 22 Stunden«.

Wir werden sehr sorgfältig prüfen, wie wir hier im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch unter Beachtung der Belange des Trägers zu vernünftigen Änderungen kommen. Fest steht schon jetzt, dass an der Mindestfachkraftquote nicht gerüttelt wird.

? *Welchen Stellenwert wird die Heimaufsicht im neuen Landesheimgesetz haben?*

Peter Pitzer: Einen nach wie vor unverzichtbaren. Näher am »Heim« und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern kann eine Aufsicht wie die kommunale Heimaufsicht in den 54 Kreisen und kreisfreien Städten nicht sein. Im neuen Heimgesetz wird festgeschrieben, dass die Heimaufsicht künftig Kontrollen nur noch unangemeldet durchführt. Eine effektive Kontrolle ist der beste Schutz, den das Land den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Einrichtungen geben kann.

? *Heute gibt es oftmals Abstimmungsprobleme zwischen dem Medizinischen Dienst der Krankenkasse, der Heimaufsicht und weiteren Trägern bei Qualitätsprüfungen. Was wird sich daran künftig verbessern?*

Peter Pitzer: Ob es Abstimmungsprobleme gibt, hängt oftmals weniger von Gesetzen und Verordnungen, sondern von der Bereitschaft und dem guten Willen zur Koordination und Kooperation ab. Mit den Möglichkeiten eines Heimrechts können wir vielleicht Wege aufzeigen, wie beides noch weiter verbessert werden kann. Auch diesen Auftrag formulieren die Eckpunkte.

? *Ordnungsrechtliche Vorschriften dienen zum Schutz für pflegebedürftige ältere Menschen – belasten aber gleichzeitig den stationären Alltag des Pflegepersonals. Was könnte daran verbessert werden?*

Peter Pitzer: Der Betrieb eines Heims, das darf man nicht vergessen, ist auch eine unternehmerische Betätigung, allerdings in einem sehr verantwortungsvollen Bereich. Das Ziel eines künftigen Landesheimrechts wird auch sein, die Selbstverantwortung der Betreiber von Betreuungseinrichtungen zu stärken, indem sich das Ordnungsrecht da zurücknimmt, wo Schutzbelange der Bewohnerinnen und Bewohner nicht berührt sind. Das schafft Freiräume, die allerdings ebenso verantwortlich genutzt werden müssen.

Das Gespräch führte Elke Seul

»Ob es Abstimmungsprobleme gibt, hängt oftmals weniger von Gesetzen und Verordnungen, sondern von der Bereitschaft und dem guten Willen zur Koordination und Kooperation aller Beteiligten ab.«

Als neue Leiterin der Landesstelle Pflegende Angehörige möchte ich mich Ihnen vorstellen.

Beruflich und privat habe ich in den letzten Jahren viele Teile Nordrhein-Westfalens kennen gelernt. Da ging es über Ostwestfalen und Westfalen ins Ruhrgebiet und Rheinland und an den Niederrhein. Aber meine Wurzeln habe ich in Lippe.

Als Sozialarbeiterin war ich im Sozialdienst einer Stadtverwaltung tätig und arbeitete danach als rechtliche Betreuerin in einem Betreuungsverein. So kam ich zum Thema »Selbstbestimmung am Lebensende und Patientenverfügungen«. Nach der Mitarbeit im befristeten Modellprojekt *LIMITS* in Münster wechselte ich zu esCor e. V., einem überregionalen Hospizverein des Bezirksverbandes der Arbeiterwohlfahrt Niederrhein.

Berufsbegleitend studierte ich in Emden Public Health (öffentliche Gesundheitswissenschaften). Bei diesem Studium stehen nicht einzelne Menschen im Mittelpunkt, sondern die gesundheitliche Situation von Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel chronisch Kranken, Kindern oder älteren pflegebedürftigen Menschen.

Für mich stehen die Patienten – oder wie man heute sagt die Nutzer – im Mittelpunkt. Bei all den Veränderungen im Gesundheitssystem ist es aus meiner Sicht ganz wichtig, die Menschen, die es betrifft, mit einzu beziehen und Regelungen nicht an der Realität vorbeizutreffen.

Mein Gesicht kennen einige von Ihnen sicherlich noch aus einer älteren Ausgabe der »NunRedenWir«, in der ich einen Artikel zum Thema »Vorsorge« geschrieben habe. Das Thema »Selbstbestimmung am Lebensende durch Patientenverfügungen und Vollmachten« hat in den vergangenen Jahren meinen beruflichen Schwerpunkt gebildet. Dazu gehörten viele Beratungsgespräche, Seminare und Vorträge. Zur Ausbildung von Beraterinnen und Beratern zum Thema

»Patientenverfügungen« war ich an der Entwicklung und Durchführung eines Schulungskonzeptes beteiligt. Eine Entscheidung des Bundestages zur rechtlichen Regelung von Patientenverfügungen steht noch immer aus. Über weitere Entwicklungen werde ich Sie zeitnah informieren.



Silke Niewohner

In meiner alltäglichen (Beratungs-)Arbeit kamen immer wieder Fragen rund um Versorgung und Pflege eines Angehörigen auf:

Wie kann ich Berufstätigkeit und die Pflege miteinander vereinbaren? Worauf muss ich achten, wenn der Medizinische Dienst zur Begutachtung kommt? An was muss ich bei der Organisation der ambulanten Pflege denken? Und natürlich die Frage: Mit wem kann ich einfach mal reden?

Ich freue mich auf meine Arbeit in der Landesstelle. Hier haben wir durch das **kostenlose Servicetelefon** die Möglichkeit, Ratsuchenden genau auf diese und alle weiteren Fragen Antworten zu geben. Sie erreichen dort meine Kollegin Antje Brandt und mich persönlich oder, wenn wir unterwegs sind, unseren Anrufbeantworter.

Auch auf unserer Internetseite www.lpfa-nrw.de finden Sie viele

Informationen und Adressen. Das bestehende Angebot wird im Laufe des Jahres erweitert. Unsere Broschüre »**20 Fragen zum Thema Häusliche Pflege**« und das Faltblatt »**Schritt für Schritt zur Häuslichen Pflege**« sind dort abrufbar. Sie können die Broschüren aber auch weiterhin wie gewohnt bei uns schriftlich oder telefonisch bestellen.

Informations- und Beratungsangebote für pflegende Angehörige mit Migrationshintergrund rücken immer mehr in den Mittelpunkt. Unser Faltblatt wird derzeit ins Türkische und Russische übersetzt. Darüber hinaus wird voraussichtlich zum 1. Juli 2008 die Reform der Pflegeversicherung in Kraft treten. In der letzten Ausgabe hat noch Elke Zeller dazu berichtet. Sobald die Reform endgültig verabschiedet ist, werden wir berichten.

Die Umsetzung von Berufstätigkeit und Pflege und die Zusammenarbeit mit den Seniorenvertretungen vor Ort beschäftigen uns weiter. Für Veranstaltungen rund um das Thema »Pflegende Angehörige« stehe ich Ihnen gerne als Referentin zur Verfügung.

»Selbstbestimmung schützt auch im Alter am ehesten vor Entwürdigung« (Hiltrud Wessling) – in diesem Sinne – und in Würdigung des unermüdlichen Einsatzes von Hiltrud Wessling für pflegende Angehörige und unsere Landesstelle – freue ich mich auf meine Arbeit und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

Rufen Sie mich an, wenn Sie Fragen haben oder einmal sagen möchten, was für pflegende Angehörige noch wichtig ist!

Silke Niewohner

Servicetelefon:
0800-2204400 gebührenfrei

Zur Verabschiedung der Pflegereform durch den Bundestag wird die LSV NRW/LPfA in Kürze ein INFO Aktuell herausgeben!

Gemeinsam essen, singen, basteln – Luxus oder Notwendigkeit?

Tagesstrukturierende und milieugestaltende Angebote im Akutkrankenhaus

Immer mehr demenzkranke Menschen müssen wegen akuter Erkrankungen stationär medizinisch versorgt werden. Für diese Patienten ist ein Krankenhausaufenthalt mit erheblichen psychischen Belastungen verbunden. In einer fremden Umgebung, aus ihren gewohnten Routinen gerissen und durch unverständliche Abläufe verunsichert, werden sie zunehmend ängstlich und aggressiv. Sie »stören« organisatorische Abläufe, lehnen therapeutische Behandlungen ab, gefährden Mitpatienten, erzeugen nächtliche Unruhe und beanspruchen viel Zeit. Aus Not werden sie dann fixiert oder sediert, und die pflegerische und medizinische Versorgung ist gefährdet.

Was können Krankenhäuser tun, um die medizinische und pflegerische Versorgung demenzkranker Patienten zu gewährleisten? Eine Möglichkeit besteht darin, als Teil eines umfassenden Konzeptes tagesstrukturierende und milieugestaltende Angebote einzuführen, wie es im Rahmen eines Projektes erprobt worden ist.

Tagesstrukturierung

Eines der wesentlichen Probleme in der Versorgung ist der zugleich unruhige und anregungsarme Krankenhausaufenthalt: Den ohnehin sehr verunsicherten demenzkranken Patienten fehlen eine klare Gliederung des Tagesablaufs sowie Anregung und Unterstützung, sich zu betätigen. Sie langweilen sich am Tage, dösen weg, essen häufig schlecht und verlieren durch Nichtstun wichtige körperliche und geistige Fähigkeiten. Insbesondere nachts sind diese Patienten dann häufig unruhig oder gar aggressiv und wandern herum.

Zentrales Element der tagesstrukturierenden und milieugestaltenden Angebote sind gemeinsame Mahlzeiten. Sie bieten den Patienten ein großes Maß an Orientierung im Tagesablauf und tragen dazu bei, dass die



Dr. Susanne Angerhausen

Patienten besser essen und trinken als alleine im Patientenzimmer. Vor dem Mittagessen wird gemeinsam das Essen vorbereitet, zum Beispiel Obst geschält oder der Tisch gedeckt. Alle Mahlzeiten beginnen und enden mit einem gemeinsamen Spruch oder Tischgebet.

Zwischen den Mahlzeiten werden Gruppenaktivitäten angeboten: Gemeinsames Singen, Malen, Erzählen und Bewegen vertreibt die Langeweile und regt die Patienten zu körperlichen und geistigen Aktivitäten an.

Die tagesstrukturierenden Angebote werden von einer hauptamtlichen Mitarbeiterin begleitet und durch ehrenamtliche Mitarbeiter, Ergotherapeuten und Physiotherapeuten unterstützt.

Gesamtkonzept

Die tagesstrukturierenden Angebote sind in umfassende Versorgungskonzepte eingebunden, zu denen unter anderem folgende Maßnahmen gehören:

Modellzimmer für demenzkranke Patienten; milieugestaltende und tagesstrukturierende Maßnahmen; Schulungen für Pflegekräfte und Ärzte; Absprachen zur Diagnostik bei Ver-

dachtsfällen; erweiterte (biografische und pflegerische) Anamnese; Einbindung und Unterstützung von Angehörigen; Einsatz von Pflegeexperten.

Das Gesamtmodell wurde in dem Projekt »Blickwechsel – Nebendiagnose Demenz im Akutkrankenhaus« entwickelt. Die Vorsitzende der Landeseniorenvertretung, Dr. Uta Renn, arbeitet mit im Beirat des Projektes.

Ausblick

Bei einem derartigen Angebot stellt sich schnell die Frage, ob das im Krankenhaus wirklich notwendig ist und wie die Finanzierung gesichert werden kann.

Tagesstrukturierende und milieugestaltende Angebote tragen dazu bei, dass demenzkranke Patienten sich im Krankenhaus wohler fühlen und sich weniger herausfordernd und letztlich den Behandlungserfolg gefährdend verhalten. Insofern dienen die Angebote dazu, eine gute medizinische und pflegerische Versorgung im Krankenhaus zu gewährleisten. Sie sind kein Luxus, sondern Notwendigkeit.

Inwieweit die Finanzierung derartiger Angebote mit den Fallpauschalen (DRG) abgegolten ist, ist zumindest fraglich, da es diese Angebote bislang nicht gab und sie nicht in die entsprechenden Kalkulationen eingeflossen sind.

Dr. Susanne Angerhausen,
Leiterin des Projektes

Literatur zum Thema ist bei der Leiterin des Projektes erhältlich.

Weitere Informationen unter:
www.sozialeprojekte.de

PORTA WESTFALICA

Besuch bei der »Porta Tabula«

Mitglieder des Seniorenbeirates Porta Westfalica haben der »Porta Tabula« in Hausberge einen Besuch abgestattet.

Drangvolle Enge herrschte in den im vergangenen Jahr umgebauten Räumen. Bedürftigen Besuchern wird dienstags und mittwochs gegen ein kleines Entgelt ein gesundes Frühstück angeboten. Dies sei sehr gut angenommen worden, berichteten die Initiatoren.

In Gesprächen mit den Anwesenden wurde deutlich, wie schwierig es ist, mit den geringen finanziellen Möglichkeiten die Anforderungen des Alltags in den Griff zu bekommen. Als Beispiele wurden Arbeitslosigkeit, kaum bezahlbare Mieten und auch die Buspreise genannt. Letztere könnten schon zum Problem werden, wenn aus den Ortschaften Porta Westfalica die Tabula erreicht werden soll. Die Leidtragenden sind insbesondere die Kinder dieser Familien.

Die Mitarbeiterinnen der Porta Tabula wünschen sich, dass die Spendenbereitschaft der Portaner nicht nachlässt. Sabine Albrecht, die Fachleiterin des ALZ, freut sich über Spenden in Form von Lebensmitteln, Tischdekorationen, Geschirr, Gläsern, Kannen und ähnlichen Dingen.

Falls Familien oder Vereine nach größeren Festen Lebensmittel übrig haben, können diese dienstags oder mittwochs zwischen 8.30 Uhr und 15.30 Uhr im AL-Zentrum (ArbeitsLebenZentrum), Hauptstraße 58, abgegeben werden. (Spendenkonto Stichwort Porta Tabula, Sparkasse Minden-Lübbecke, Kto.-Nr. 40 044 844, BLZ 490 501 01).

MONHEIM

Aktion »Nette Toilette«

Mit der Aktion »Nette Toilette« ist vom Seniorenbeirat Monheim am Rhein eine Idee aufgegriffen worden, die bereits in einigen Bundeslän-

dern praktiziert wird, im Kreis Mettmann aber bisher einmalig ist.

Gesucht wurden Gaststätten und Cafés, die ihre Toilette kostenlos für jedermann zur Verfügung stellen. Gemeinsam mit einer im Zielkonzept 2020 der Stadt Monheim tätigen Gruppe und einem Studio für Grafikdesign wurde ein ansprechender Aufkleber mit dem Text »Hier finden Sie eine Nette Toilette« entworfen. Den kostenlosen Druck übernahm eine Monheimer Werbeagentur. Acht Monheimer Gastronomen und Cafébesitzer bieten ab sofort eine »Nette Toilette« an.

Bei der Suche nach »Netten Toiletten« wurde herausgefunden, dass auch andere Einrichtungen, wie zum Beispiel ein Kiosk am Busbahnhof, jedem kostenlos die Toiletten zur Verfügung stellen. Darüber hinaus wurde auf Anregung des Seniorenbeirates die Toilette auf einem Friedhof wieder geöffnet sowie in einem Einkaufszentrum eine umfangreiche Toiletten-Beschilderung installiert.

Die Stadtverwaltung Monheim erklärte sich bereit, den ersten Anbietern der »Netten Toilette« eine jährliche Reinigungspauschale in Höhe von 200 Euro für vorerst zwei Jahre zu zahlen. Dank der Initiative des Seniorenbeirates können ab sofort Besucher und Einwohner der Stadt Monheim am Rhein wesentlich entspannter einkaufen.

**Informationen zur Aktion
»Nette Toilette« bei Ursula Klomp,
Telefon 02173/50877 oder
E-Mail seniorenbeirat@monheim.de**

GLADBECK

Rolf Kauls neuer Vorsitzender

Ohne Gegenstimme oder Enthaltung ist Rolf Kauls auf der Vollversammlung des Seniorenbeirates zum Vorsitzenden gewählt worden.

Werner Röring, der seit 1998 Vorsitzender war, bleibt als Beisitzer im Vorstand aktiv und wird den Seniorenbeirat künftig im Kulturausschuss der Stadt Gladbeck vertreten.

Auf die großen Erfolge der vergangenen Jahre verwies Werner Röring in seiner Abschiedsrede. Er erinnerte an die Jubiläen in den Jahren 1999 und 2004, in denen der Beirat das 20-jährige und das 25-jährige Bestehen feierte.

Er berichtete von den zahlreichen Aktivitäten, die der Seniorenbeirat in den zurückliegenden Jahren erfolgreich durchgeführt hat, so unter anderem die informativen Podiumsveranstaltungen vor politischen Wahlen im Fritz-Lange-Haus oder die große Ausstellung in der Sparkasse mit rund 1500 Besuchern.

Der neue Vorsitzende Rolf Kauls versprach: »Der Seniorenbeirat bleibt weiterhin engagiert und aktiv für die Gladbecker Seniorinnen und Senioren.«

Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender: Rolf Kauls, stellvertretende Vorsitzende Hans-Jürgen Schütz und Anneliese Hitzing Beisitzerinnen und Beisitzer: Doris Jos, Klara Lackmann, Werner Röring, Frau Sanmann, Achim Wichmann



Der Seniorenbeirat von Gladbeck: (v.l.) K. Lackmann, R. Kauls, W. Röring, A. Hitzing, A. Wichmann, F. Sanmann, D. Jost, H.J. Schütz

KOMMUNALE SENIORENVERTRETUNGEN

DÜSSELDORF

Viele Anregungen aus dem »politischen Berlin«

Zu einer politischen Informationsreise nach Berlin hatte Staatsministerin Hildegard Müller die Mitglieder des Seniorenbeirates eingeladen. Außer der Besichtigung des Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Reise Gelegenheit, wichtige politische und seniorenerlevante Gespräche zu führen, die sich positiv auf die ehrenamtliche Seniorenarbeit in der Stadt Düsseldorf auswirken. Die Bundestagsabgeordnete und Staatsministerin Hil-



»Das politische Berlin« lernten die Mitglieder des Seniorenbeirates Düsseldorf kennen. Staatsministerin und Bundestagsabgeordnete Hildegard Müller hatte zu dieser Informationsreise eingeladen.

degard Müller stand Rede und Antwort. Viele Informationen wurden durch Gespräche im Bundesrat, im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, in der Vertretung des Landes NRW beim Bund, in der

CDU-Bundesgeschäftsstelle sowie durch eine Führung durch das Bundeskanzleramt und durch die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen vermittelt.

Klara-E. Sader

BOCHUM

Anregung für eine Spiel- und Bewegungsstätte

Um eine möglichst hohe Beweglichkeit im Alter zu garantieren, wünscht sich der Seniorenbeirat der Stadt Bochum eine Spiel- und Bewegungsstätte in der Stadt. Damit würde nicht nur dem derzeitigen Slogan der Stadt Bochum »Bochum macht jung« Rechnung getragen, sondern auch den Älteren würden Möglichkeiten geboten, mit speziellen Geräten Beweglichkeit und Motorik zu verbessern.

Der Seniorenbeirat hat eine entsprechende Anregung dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr vorgelegt und gebeten, dass die Stadt Bochum ein entsprechendes Konzept »Spiel- und Bewegungsstätte für Seniorinnen und Senioren« entwickelt. Neben speziellen Geräten sollten Sitzgelegenheiten, Überdachungen, Toiletten und eine Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr vorhanden sein. Dabei könne auf Erfahrungen anderer Städte wie zum Beispiel Nürnberg zurückgegriffen werden. Es scheint sinnvoll zu prüfen, so der Seniorenbeirat, ob eine Anbindung an eine der 14 Seniorenbegegnungsstätten mit Stützpunktcharakter in Bochum möglich ist.

WÜRSELEN

Ombudsmann berichtet von seiner Arbeit

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates der Stadt Würselen, Alfred Mundt, hatte auf Wunsch der Mitglieder den Ombudsmann des Kreises Aachen und den Amtsleiter des Amtes für Altenarbeit des Kreises Aachen, Heinz Müller, eingeladen. Ombudsmann und Amtsleiter berichteten von ihrer Arbeit und dem Ombudsmannverfahren. Außer der Geschichte und den rechtlichen Rahmenbedingungen erfuhren die Zuhörer auch die Abwicklung eines Beschwerdeverfahrens. Nach Ende des Vortrages konnten sich die Zuhörer noch weiter informieren.

LOHMAR

Foto-Nachweis

Der Seniorenbeirat Lohmar hatte in der Ausgabe 62 über seine Arbeit berichtet und sich mit einem wunderschönen Foto vorgestellt. Leider haben wir den Hinweis vergessen, wem der Seniorenbeirat dieses Foto verdankt: Wir holen es gerne nach: »Foto: Morich« hätte darunter stehen müssen.

Wir entschuldigen uns!

»In unserem Alter«

Begegnungen und Informationen, jeden Samstag von 8.05 bis 8.55 Uhr auf WDR 4.

5. April 2008

»Das Schlimmste waren der Hunger und die Ungewissheit«. Erinnerungen an die Kriegsgefangenschaft

12. April 2008

Lachen ist gesund.
Humor in der Altenpflege

19. April 2008

Wohnen im Alter

26. April 2008

Zwischen Bäcker und Bushaltestelle
– Leben und Wohnen im Quartier

SOEST

Plakette als Dank für ehrenamtliche Arbeit

Werner Mushold führt weiterhin den Seniorenbeirat der Stadt Soest. Bei der konstituierenden Sitzung wurde er für fünf Jahre als Vorsitzender gewählt. Seine Vertreter sind Waltraut Eickhoff und Wolfgang Potthast. Bürgermeister Eckhard Ruthemeyer überreichte den ausscheidenden Mitgliedern eine Soest-Plakette aus Grünsandstein als Dank für ihre engagierte ehrenamtliche Arbeit. Elke Seul – Quelle »Soester Anzeiger« vom 26. Oktober 2007

Zur Nachahmung: Pflegebedürftigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund Seniorenbeirat Willich hat sich eines drängenden Problems angenommen

Elisabeth Mertens, Mitglied des Seniorenbeirates, berichtet:

»Aufgrund meiner Tätigkeit im Berufsleben als Altenpflegerin habe ich mich in diesem Gremium dem Aufgabenfeld ‚Pflegebedürftigkeit im Alter‘ besonders gewidmet.

Durch die Beschäftigung mit diesem Thema und aus meinem privaten Umfeld heraus wurde mir dabei bewusst, dass die sogenannte erste Generation der Migranten und Migrantinnen mit mir in das Alter gekommen ist, in dem dieses Problemfeld zum Thema wird. Insbesondere unsere ausländischen Mitbürger mit muslimischem Religionshintergrund haben da besondere Probleme.

Für sie ist weder die Rückreise in die Heimatländer noch die Unterbringung in unseren Altenheimen – ich nenne sie lieber Seniorenwohnstätten – eine befriedigende Lösung.

Zum einen sind die hier im Gastland gewohnten und erforderlichen medizinischen Standards in den Heimatländern gar nicht oder nur bedingt vorhanden, so dass allein aus medizinischer Sicht eine Rückkehr nicht mehr möglich ist. Aber auch die von

alters her gewohnten Strukturen der dort üblichen Großfamilien, die bis dahin die Versorgung der älteren Familienangehörigen sichergestellt haben, sind zum großen Teil zerbrochen.

Auch die Unterbringung in unseren Senioren-Wohnstätten birgt Probleme, da diese Häuser nicht in der Lage sind, die kulturellen, moralischen und religiösen Bedürfnisse der Migranten mit muslimischem Hintergrund befriedigen zu können.

Nachdem uns dieses Problem im Seniorenbeirat bewusst geworden war und wir die Problematik durchdiskutiert hatten, konnten wir in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule des Kreises Viersen zwei Kurse für muslimische Migranten der zweiten und dritten Generation anbieten, die diese Menschen in die Grundlagen der häuslichen (Kranken-) Pflege mit Schwerpunkt auf Demenz unter Berücksichtigung der muslimischen Bedürfnisse und Religionsgesetze einführte.

Wir konnten diese Kurse zum Teil in türkischer Sprache, aber auch mit Hilfe von deutschen Referenten, de-

ren Unterricht per Dolmetscher übersetzt wurde, anbieten. Dieses Projekt kam bei den Krankenkassen in unserem Bereich so gut an, dass sie die Kursgebühren zu 100 Prozent übernommen haben. Für sie war offensichtlich schnell klar, dass so eine teure und – wie oben beschrieben – nicht unproblematische Heimunterbringung von Personen mit muslimischem Migrationshintergrund vermieden oder zumindest erheblich hinausgezögert werden kann.

Diese beiden Kurse wurden von 28 türkisch-stämmigen Einwohnern der Stadt Willich besucht. Davon haben bereits einige ihr Interesse bekundet, ihr Wissen vertiefen zu wollen beziehungsweise weitere Personen zu animieren, einen Grundkurs zu besuchen. Um dieses Thema weiter zu vertiefen, erarbeitet zurzeit der Seniorenbeirat Willich einen Flyer ‚Vom Migranten zum Rentner‘. Der Flyer wird in deutscher und türkischer Sprache erscheinen.

Für eventuelle Rückfragen stehe ich unter der Telefonnummer 02156/2751 zur Verfügung.«

Elisabeth Mertens

SUNDERN

Viel Lob für zehn Jahre ehrenamtliche Arbeit

Zehn Jahre seien zwar noch kein Alter und auch kein »richtiges« Jubiläum. Darüber waren sich alle Redner bei der Feier zum zehnjährigen Bestehen einig. Trotzdem: Der Seniorenbeirat sei etwas Besonderes, stellten Bürgermeister Friedhelm Wolf und Erster Vorsitzender Heinz-Dieter Japes fest. Die Festansprache hielt der stellvertretende Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW, Egon Backes. Vor zehn Jahren sei es noch ungewöhnlicher als heute gewesen, einen Seniorenbeirat zu gründen. Von rund 400 Kommunen in NRW bestehen in 137 Kommunen inzwischen

Seniorenvertretungen. Seit November 1997 vertreten die Mitglieder die Belange der älteren Menschen. Darüber hinaus engagiert sich der SB in unterschiedlichen städtischen Einrichtungen. Von der Ganztagsbetreuung in Schulen bis zur karitativen Unterstützung bei der Arnberger Tafel. Überparteilich, überkonfessionell und unabhängig sei das Gremium, aber nicht unpolitisch, betonte Egon Backes. Er stellte auch gleich Forderungen an die Politik: Nicht zuletzt die rechtliche Grundlage und damit den wahren »Stellenwert« forderte Backes von Politik und Gesellschaft ein. Der stellvertretende Vorsitzende lobte das Sunderner Modell und die Arbeit des engagierten Gremiums.

RHEDE

Ratgeber 2008 für das Leben im Alter

Die älteren Menschen in Rhede können sich jetzt besser orientieren. Der Seniorenbeirat hat eine übersichtlich strukturierte Broschüre herausgegeben, die die vielfältigen sozialen Einrichtungen und deren Aufgaben erläutert. Darüberhinaus informiert der Wegweiser über Angebote im Freizeit-, Sport- und Kulturbereich, die speziell für Seniorinnen und Senioren stattfinden. Zusammen mit der Stadt Rhede hat der Seniorenbeirat die Informationen zusammengetragen. Noch Fragen? Dafür gibt es eine regelmäßige Sprechstunde des Seniorenbeirates.

Warum finden Sie Seniorenvertretungen gut?



Jochen Paus
Bürgermeister der
Gemeinde Altenberge

Die Seniorenbeiräte in Nordrhein-Westfalen vertreten auf kommunaler Ebene die Interessen älterer Menschen gegenüber Rat und Verwaltung sowie der Öffentlichkeit. Sie beraten und unterstützen im Bereich der Seniorenarbeit tätige öffentliche und private Einrichtungen. Mit Anregungen und Aufklärungen stärken sie ältere Menschen in ihren Aktivitäten und fördern deren Selbstständigkeit mit dem Ziel, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Die praxisbezogenen Bemühungen um Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen verändern auch das teilweise von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit geprägte Bild des Alters. Damit leisten Seniorenvertretungen einen wertvollen Beitrag im Sinne einer gemeinwesenorientierten Arbeit.

Telefonaktion zum Thema »Altersdiskriminierung« Donnerstag, 24. April 2008, Telefon 0 23 61/53 47 47

Zwischen **10 und 12 Uhr** werden im **Kreishaus Recklinghausen** Damen und Herren aus den örtlichen Seniorenbeiräten an drei Telefonen Informationen über erlittene Altersdiskriminierungen entgegennehmen, berichtet der Seniorenbeirat der Stadt Waltrop. Die Arbeitsgemeinschaft der Seniorenvertretungen im Kreis Recklinghausen (Datteln, Castrop-Rauxel, Dorsten, Gladbeck, Haltern am See, Herten, Marl, Recklinghausen und Waltrop) hat diese Telefonaktion zum Thema »Diskriminierung im Alter« geplant.

Das 2006 von der Regierung verabschiedete »Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)« will der Diskriminierung in den verschiedenen Facetten des Lebens entgegenwirken. Die Seniorenbeiräte wollen herausfinden, wieweit Theorie und Praxis im Kreis Recklinghausen beieinanderliegen oder auseinanderklaffen. Den Anstoß gaben Berichte über Diskriminierungen, besonders älterer Bürger, die in den Medien geschildert wurden, oder die Seniorenvertreter in Gesprächen erfahren haben, sowie die Tagungen der LSV NRW mit dem KDA zum Thema.

Wichtig: Die Berichte aus der Telefonaktion werden unter Wahrung der Anonymität gesammelt. Eine Beratung würde den Rahmen sprengen, kann aber im Einzelfall vereinbart werden. Unterstützt wird die Aktion bei der Organisation und Durchführung vom Fachdienst »Seniorenangelegenheiten« der Kreisverwaltung Recklinghausen.

Beispiele von Altersdiskriminierung:
Kein weiterer Berufsaufstieg in einem

Industriebetrieb mit bereits 50 Jahren wegen des hohen Alters; keine Einstellung Arbeitsloser aus Altersgründen.

Banken und Sparkassen: Eine 80-jährige Dame habe ihren Bausparvertrag kündigen wollen. Ihrer Bitte sei entsprochen worden, und gleichzeitig habe man einen neuen Vertrag mit ihr abgeschlossen.

Ehrenamt: Ehrenamt im 3.-Welt-Laden nur bis 50, Telefonseelsorge nur bis Mitte 60. Singende Senioren erwünscht: »Probe: donnerstags in Steglitz, Altersgrenze: 39 Jahre«.

Der Arbeitskreis der Seniorenbeiräte hat sich auch intensiv mit der »Nachbereitung« beschäftigt. Nach den eingegangenen Gesprächen wird eine grobe Zusammenfassung nach Problembereichen erstellt, Auswertung und Angabe weiterer Vorgehensweise bestimmt. Einzelbeschwerden werden an die örtlichen Seniorenbeiräte weitergeleitet, zusammengefasste Problembereiche über die Kreisarbeitsgemeinschaft an Stadträte, Kreis und Landesseniorenvertretung und der Antidiskriminierungsstelle des Bundes übergeben.

Wunsch und Appell der Arbeitsgemeinschaft: »Wenn Ihnen in irgendeiner Weise Diskriminierendes widerfahren ist oder Sie beobachten mussten, rufen Sie uns an.«

Vom 23. bis 27. April 2008 kann unter der Internet-Adresse zum Thema Altersdiskriminierung geschrieben werden:

www.kreis-re.de/KDA

Jürgen Rosenbaum, stellv. Vorsitzender des Seniorenbeirates Waltrop

IMPRESSUM:

NunRedenWir ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Zeitung.

Herausgeber: Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V., Gasselstiege 13, 48159 Münster, Telefon 02 51 / 21 20 50, Fax 02 51 / 2 00 66 13

Internet: www.lsv-nrw.de E-Mail: info@lsv-nrw.de

Gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

Satz und Druck: Darpe Industriedruck, Beelener Str. 37, 48231 Warendorf · Auflage 3000

V.i.S.d.P.: Dr. Uta Renn

Redaktionsteam:

Elke Seul (fdS), Eleonore Köth-Feige, Rolf Kauls, Rudolf Kalthoff, Barbara Eifert (wiss. Beratung und Mitarbeit).

Korrektur: Barbara Eifert, Eleonore Köth-Feige.

Die Redaktion behält sich Änderungen und Kürzungen vor. Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder, nicht immer die der Redaktion.

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2008.

Thema: »Verbraucherschutz«

Redaktionsschluss: 15. Mai 2008